

Ein denkwürdiger Tag für Italien

Vor zwei Jahren begann der Genfer Sanktionskrieg.

Am Donnerstag beginnt das faschistische Italien den zweiten Jahrestag des Beginns des siegreich überwundenen Genfer Sanktionskrieges. Die beiden Großgrundgebungen, mit denen des Tages gedacht wurde, standen im Zeichen des vor zwei Jahren begonnenen Kampfes um die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes.

In Rom versammelten sich im Hadriantheater rund 3000 Amtseither des faschistischen Arbeitgeberverbandes und des Industriearbeiterverbandes. An der Veranstaltung nahm auch eine Abordnung der deutschen Arbeiterschaft teil, die aus 300 mit „AdF“-Schiffen in Neapel ringetroffenen deutschen Arbeitern bestand und bei ihrem Erscheinen herzlich begrüßt wurde. Der Führer des Arbeitgeberverbandes, Graf Volpi, hielt eine Rede, in der er betonte, daß sich hier zum erstenmal eine Arbeitgeber- und eine Arbeiterorganisation in einer einzigen großen Versammlung in herzlicher Kameradschaft und Harmonie zusammenschließen, um ihre Treue und Disziplin zu bezeugen.

Die Autarkiebestrebungen seien keine einseitige und willkürliche Erfindung des Faschismus, sondern eine Notwendigkeit, die gerade durch das Verhalten der demokratischen Länder, wie besonders Englands und Frankreichs, unerlässlich geworden sei, die sich riesige Reichtümer an Rohstoffen verschafft und nichts versäumt hätten, um die Lücken ihres Wirtschaftsaufbaues auszufüllen. Die Autarkie sei vor allem um des Gleichgewichts der internationalen Zahlungsbilanz willen eine unbedingte Notwendigkeit. Sie sei schließlich für Italien unerlässlich auf Gebieten, die die militärische Verteidigung und die Widerstandskraft der Zivilbevölkerung betreffen.

Graf Volpi schloß mit der Versicherung, daß Arbeiter und Arbeitgeber dem Führer des faschistischen Italiens in solidarischer Geschlossenheit in allen Schlächten und allen Siegen treu und ergeben folgen würden.

Am Nachmittag eröffnete Mussolini im Rahmen einer ähnlich feierlichen Kundgebung auf dem Gelände des alten Circus Maximus eine nationale Textilausstellung, die eindrucksvoll zur Schau stellt, was in diesem für das Leben der Nation so wichtigen Erzeugungszweig zugunsten der nationalen Unabhängigkeit geleistet worden ist und in Zukunft noch geleistet werden kann.

Nach der Versammlung im Hadriantheater begaben sich die Teilnehmer, darunter auch die Deutschen, zum Palazzo Venezia, wo sie dem Duce begeisterte Kundgebungen darbrachten. Als der Duce auf dem Balkon erschien und die Grüße mit erhobener Rechten erwiderte, erhob sich ein wahrer Begeisterungssturm.

Diplomatische Erfolge Francos

Im „Heiligen Krieg gegen die Komintern“.

Wie die japanische Zeitung „Tokyo Asahi Shimbun“ zu berichten weiß, werde Japan am 25. November General Franco formell anerkennen, da er im Kampfe gegen die Kräfte der Komintern den größeren Teil Spaniens befehligt habe und seine Herrschaft über Spanien somit unbestreitbar sei.

Außenminister Hirota habe im Kabinett erklärt, General Franco habe bei der japanischen Regierung um Anerkennung nachgesucht. Japan habe nach Prüfung der Lage festgestellt, daß General Francos militärischer Erfolg Tatsache sei, um so mehr als er kürzlich seine Kontrolle auf die Biscaya-Bucht habe ausdehnen können. Ausschlaggebend sei jedoch die Tatsache, daß General Franco einen Heiligen Krieg gegen die Komintern in vorderster Front durchführe. Wühin stimme die Politik Francos mit der Japans überein, woraus sich die Notwendigkeit der Anerkennung ergebe.

Nach der Anerkennung der spanischen Nationalregierung durch Japan soll der bisherige japanische Gesandte in Madrid, Yano, der sich augenblicklich in Frankreich aufhält, nach Salamanca entsandt werden.

In Beantwortung einer Interpellation im ungarischen Abgeordnetenhaus bezüglich der Anerkennung der spanischen Nationalregierung durch die ungarische Regierung teilte der Minister des Auswärtigen, von Kanya, mit, daß die ungarische Regierung bereits im September dieses Jahres die Fühlung mit dem Budapester Vertreter des Generals Franco, Carlos Arcos Conde de Bailen, tatsächlich aufgenommen habe.

Nach der ungarischen Erklärung, daß die ungarische Regierung offizielle Verbindungen mit dem Budapester Vertreter des Generals Franco aufgenommen habe, teilte die Wiener Presse mit, daß das gleiche auch für Oesterreich zutrefte. Zur selben Zeit sei die österreichische Bundesregierung mit Garcia Comin, dem Wiener Vertreter Francos, in Fühlungnahme getreten, was der de facto-Anerkennung Francos gleichkomme.

Rotspanischer Reinkfall

Wieder ein Brandstiftungsversuch fehlgeschlagen.

Havas hatte eine Meldung der verächtlichen sowjet-spanischen Lügenagentur Fehus aus Barcelona übernommen, daß der 8236 Tonnen große englische Dampfer „Cardium“ in den spanischen Mittelmeergewässern von angeblich nationalspanischen Flugzeugen bombardiert worden sei. Der Vertreter von Fitch Association hat sich zur Nachprüfung dieser Meldung mit der britischen Admiralität in Verbindung gesetzt und erfahren, der Kapitän der „Cardium“ habe mitgeteilt, von einem Angriff auf sein Schiff könne nicht die Rede sein. Es habe lediglich ein Flugzeug, dessen Nationalität nicht festzustellen war, die „Cardium“ überflogen. Auch Reuters hat die Meldung der bolschewistischen Lügenfabrik überprüft und stellt ebenfalls fest, daß die „Cardium“ nicht angegriffen wurde, sondern nur ein unbekanntes Flugzeug bemerkt hat.

Wieder einmal haben also die spanischen Bolschewisten bei einem ihrer unverantwortlichen Versuche, durch Verleumdung internationale Verwicklungen zu schaffen, kläglich Schiffbruch erlitten.

Engländer erkennen die Gefahr

Die außenpolitische Aussprache im englischen Oberhaus

Das englische Oberhaus setzte am Donnerstagnachmittag seine außenpolitische Aussprache fort. Der Oppositionsliberale Lord Crewe begrüßte es, daß gerade Lord Halifax nach Deutschland gefahren sei, denn er sei auf Grund früherer Erfolge der Secessionisten. Es sei von äußerster Wichtigkeit, aufzuklären, welches die wirklichen Tatsachen der kommunistischen Drobuna seien.

Es sei festgestellt worden, daß die sowjetrussische Regierung und die Dritte Internationale eine Weltrevolution beabsichtigen, um die kommunistische Weltanschauung im Ausland zu verbreiten. Crewe erinnerte daran, daß ihm früher ein führender Sowjetrusse gesagt habe, daß das, was sich in Sowjetrußland ereignete, sich in absehbarer Zeit auch in anderen europäischen Ländern ereignen würde, und zwar wahrscheinlich mit denselben blutigen Methoden Moskaus.

Der konservative Lord Stonehaven wandte sich den Verhältnissen in Deutschland und Italien zu und erklärte, daß man diese Länder nur an Ort und Stelle studieren könne. Man werde dort nämlich eine solche Umformung der Bevölkerung feststellen, daß man auch die erstaunliche Autorität verstehen könne, die in diesen beiden Ländern von ihrer Führern ausgehe. Man müsse daran denken, daß sowohl Adolf Hitler wie Mussolini ihr Amt übernommen hätten, als ihre Länder sich am Rand des Chaos befunden haben und fast vom Bolschewismus überannt worden wären. Sie hätten dem einzelnen Staatsbürger wieder die Selbstachtung zurückgegeben, die Ordnung wiederhergestellt und zu einem großen Umfang auch den Wohlstand. Sicherlich hätten sie auch das Vertrauen des einzelnen in den Staat wiederhergestellt. Er halte es daher nicht für überraschend, daß diese Männer den Einfluß gewonnen hätten, über den sie heute verfügen. Der Grund ihres Wirkens liege darin, daß sie große und mutige Patrioten seien und ihren beiden Ländern den Gedanken des Patriotismus eingepflanz hätten.

Der Labour-Lord Noel Buxton erklärte zur Kolonialfrage, daß die erste Wunde, die man Deutschland zugefügt habe, die sei, daß man die Begegnung der Kolonien mit der Erklärung verbunden habe, daß Deutschland nicht in der Lage sei, über Eingeborene zu herrschen. Er

glaube, daß man diese Erklärung niemals Deutschland gegenüber hätte abgeben dürfen. Die zweite Verbitterung sei die gewesen, daß die Begegnung der Kolonien mit einem Bruch des Versprechens verknüpft gewesen sei, daß die 14 Punkte Wilsons enthalten hätten.

Das Arbeiterpartei-Mitglied des Oberhauses behandelte die sogenannte tschechoslowakische Frage. Das Wachstum der Deutschen Partei beruhe auf der Verzweiflung der deutschen Minderheit an einem erfolgreichen Zusammenarbeiten mit der tschechischen Regierung. Der Abgeordnete stellte fest, daß, wenn die Beschwerden der deutschen Minderheit unbehoben blieben — und das geschehe bereits 19 Jahre lang — man von diesem Volk nicht erwarten könne, daß es ewig warte. Die Regierung müsse sich klar über die Gefahren sein, die in diesen Widrigkeiten lägen, und er hoffe, daß sie sich darum bemühe, ihre Ansichten den beteiligten Kreisen nahezubringen.

Die Oberhausausssprache wurde abgeschlossen durch eine längere Rede des Luftfahrtministers Swinton. Der Minister erklärte zu Anfang unter Bezugnahme auf das Rüstungsprogramm, daß England um des Friedens willen stark sein müsse. Er behandelte dann die Frage des Völkerbundes, den er als „nicht geradezu ideal“ bezeichnete.

Sich der Rede von Lord Halifax zuwendend, erklärte der Minister, daß jeder in England Lord Halifax Besuch in Berlin begrüße. Er sei in der Tat der ideale Mann für diesen Zweck als Dolmetscher englischen Lebens und englischer Gedanken. Zwei Dinge wolle er über diesen Besuch sagen: 1. der wirkliche Wert eines Besuches dieser Art sei der, daß man ihn nicht als außerordentliches und außergewöhnliches Ereignis ansehe, 2. dürfe man nicht zu viel von ihm erwarten. Der schlechteste Dienst, den man einem solchen Unternehmen leisten könne, sei, einen solchen privaten Besuch und eine derartige private Diskussion mit dem Glanze der Publizität zu umgeben und in jedem Stadium zu fragen: „Was hat er getan, wie weit hat er Erfolg gehabt, was ist das Ergebnis? Wenn auf diese Weise Besuche stattfänden, würden sie mehr Schaden als Nutzen.“ Ich würde zufrieden sein, wenn als Ergebnis von Besuchen dieser Art gesagt würde, wir haben uns offen und frei ausgesprochen. Wir verstehen einander jetzt viel besser.“ Alle internationalen Beziehungen ebenso wie alle menschlichen müßten aber aus dem gegenseitigen Verstehen, aus dem Vertrauen erwachsen.

Als leitende Grundzüge der englischen Außenpolitik nannte Lord Swinton dann die Erhaltung des Friedens und die Vermeidung von Streitigkeiten durch friedliche Mittel, weiter die Förderung freundschaftlicher Beziehungen mit anderen Nationen, die Innehaltung der internationalen Gesehe, der Schutz britischen Lebens und britischer Interessen.

Krach in der französischen Kammer

Abkehr von Sowjetrußland gefordert

Die Aussprache in der französischen Kammer am Donnerstag über allgemeine politische Fragen ließ innerpolitische Ausprägungen im grellsten Licht erscheinen. Besonders ausschlaggebend machte der rechtsstehende ehemalige Pariser Polizeipräsident Chiappe, die teilweise mit einem ohrenbetäubenden Lärm der sich sichtbar getroffen fühlenden Kommunisten beantwortet wurden.

Mit scharfen Worten warf Chiappe der Regierung Untätigkeit gegenüber dem wiedererwachenden Terrorismus vor und betonte, seit den Verlesungen im Juni 1936 habe sich eine Reihe beunruhigender Ereignisse zugegetragen, die erkennen ließen, in welchem Ausmaß das soziale Gleichgewicht Frankreichs gestört worden sei. Man habe die Urheber der einzelnen Anschläge nicht ermitteln können; man wisse nicht, ob es Franzosen oder Ausländer gewesen seien. Man wisse aber, daß diese Anschläge das Werk eines ausländischen Terrorismus gewesen wären. Warum sei nichts geschahen, um den ausländischen Terrorismus zu unterdrücken? Habe die Regierung Bedenken wegen ihrer Bündnisse? Man müsse handeln. Nach den Anschlägen im Monat September 1937 händen sich die Gruppen feindselig gegenüber.

Unter großem Lärm der äußersten Linken erklärte der Polizeipräsident: Die größte Gefahr für das öffentliche Wohl liege bei den Kommunisten, die sich heute hinter der Trifolore verstecken. Eine Zukunft für diejenigen, die im Dienst der Dritten Internationale stehen und die dem Zugriff der Regierung entgehen, bilden die 72 kommunistischen Abgeordneten, da sie durch die parlamentarische Immunität geschützt sind.

Kanzler der Kammer führte nach diesen Worten zur Unterbrechung der Sitzung. Nach der Wiederaufnahme richtete Chiappe an den Ministerpräsidenten nochmals die Anfrage, wie er den Terrorismus bekämpfen wolle.

Abgeordneter Marcel Héraud (Rechte Seite) betonte: In der Kammer sähen achtzig kommunistische Abgeordnete, die sich nur von Rücksichten auf Sowjetrußland leiten ließen. Die französische Regierung könne ihre Pflicht nicht erfüllen, solange sie sich auf Elemente stütze, die zwischen ihrer Lehre und ihrem Vaterland nicht wählen könnten.

Der Abgeordnete Margaine erinnerte an die Umstände, die in Deutschland die Nationalsozialistische Bewegung zur Regierung brachten. Die Regierung Adolf Hitlers stehe in Deutschland fest und werde nicht mehr verdrängt.

Der Vorsitzende der radikalsozialen Kammergruppe, Elbel, erklärte, die Aufgabe des französischen Außenministeriums werde von Tag zu Tag schwieriger. Man müsse versuchen, aus dieser Lage herauszukommen. Der bis jetzt beschrittene Weg den Schiedsgerichtsbarkeit habe sich als unzulänglich erwiesen. Der Abstraktionsgedanke löse heute nur noch mittelbühnen Lächeln aus. Würde der Bloch der Demokratien wirklich die Rettung des Friedens bedeuten? Er habe den Eindruck, daß man veraltete Lösungen suche. Die Welt sei enger geworden. Elbel kam dann auf die Forderung der Nationalsozialisten zu sprechen und meinte u. a., die Zurückhaltung aller Kolonien an Deutschland würde das Problem nicht lösen. Wenn man andererseits zu einer Verständigung kommen und den Krieg ausschalten könnte, was würde Deutschland dann mit seinen Arbeitern machen? Die Lösung läge nur eine Erschließung der Rohstoffe.

Die Kammer vertagte sich daraufhin auf Freitag vormittag 9 Uhr.

Lord Halifax fährt zum Führer

Der zum Besuch der Jagdausstellung in Berlin weisende Präsident des englischen Staatsrates, Lord Halifax, benutzte am Donnerstagnachmittag den fahrplanmäßigen Zug nach München, um sich in Begleitung des Reichsaussenministers Freiherrn von Neurath zum Oberstabschef zu einem Besuch beim Führer und Reichskanzler zu begeben.

Daranyi und Kanya werden vom Führer empfangen

Die bevorstehende Reise des Ministerpräsidenten Daranyi und des Außenministers von Kanya steht im Mittelpunkt der öffentlichen Beachtung in Budapest. Die Mäntel der öffentlichen Einzelheiten des reichhaltigen Berliner Besuchsplans der ungarischen Staatsmänner. Daranyi werde sich unmittelbar nach seinem Eintreffen in Berlin zum Selbstenkmal begeben, wo er einen Kranz niederlegt. Am Nachmittag findet die Besichtigung der internationalen Jagdausstellung statt. In dem vierstägigen Besuchsplan der ungarischen Staatsmänner sind ein Empfang beim Führer und Reichskanzler, Besuche beim Ministerpräsidenten Göring und beim Außenminister von Neurath sowie unter Führung von Reichsminister Darré die Besichtigung verschiedener sozialer und wirtschaftlicher Einrichtungen des neuen Deutschland vorgesehen.

Moskau will keinen Frieden

Spanien soll weiter bluten.

Der Bolschewist Lamoneba hat in einer Rede auf einem Kongress der bolschewistischen Gewerkschaften festgestellt, daß eine Verständigung mit den Nationalen niemals in Frage komme. Eine solche Verständigung könne wohl einigen europäischen „Demokraten“ richtig erscheinen, stehe aber in völligem Gegensatz zu den Wünschen Moskaus. Es sei notwendig, den Krieg bis zu seiner letzten Phase fortzusetzen.

In einem Telegramm an die kommunistische Internationale wurde um eine „dringende Aktion“ der beiden Internationalen zur „Verteidigung der chinesischen und spanischen Demokratie“ ersucht. In dieser Aufforderung der spanischen Bolschewisten kommt zum erstenmal der neue, von Sowjetspanien verfolgte Dreh zum Ausdruck, nicht, wie bisher, direkt bei den Regierungen Unterstützung zu fordern, sondern den internationalen Marxismus zu veranlassen, durch Streiks und Unruhen die Regierungen zu Waffenlieferungen usw. an Sowjetspanien zu zwingen.

21. November.

Sonne: A.: 7.31, U.: 16.0; Mond: U.: 10.40, A.: 19.26. 1768: Friedrich Schlegelmacher in Dresden geb. (gest. 1834). — 1806: Napoleon verliert die Kontinentalsperre. — 1811: Der Dichter Heinrich v. Kleist am Wannsee bei Potsdam gest. (geb. 1777). — 1928: Der Schriftsteller Hermann Sudermann in Berlin gest. (geb. 1857).